

Welche Rolle sollen die Alten in der Gesellschaft einnehmen: weiter mitten drin - oder weg ins Abklingbecken?

Das ist eine sehr ernste Frage. Die überwältigende Mehrheit in der Gesellschaft, vom Kleinkind bis zu den hoch Betagten würden darauf antworten: Natürlich weiter mitten drin, und viele würden sagen: was ist das denn für eine bekloppte Frage.

Eine kleine Minderheit sieht das anders. Sie sagt natürlich nicht: „ab ins Abklingbecken“, sie sagt, die Alten sind zu teuer, sie leben zu gut auf Kosten der Jungen. Die Alten müssten auch Opfer bringen, das wäre gerecht. Diese kleine Minderheit hat das Sagen, sie beherrscht den veröffentlichten Meinungsraum. Und sie sind in der politischen Umsetzung ihres Kurses seit langem sehr erfolgreich.

Durch ständige Wiederholungen werden Lügen zu Wahrheiten (Orwell). Das funktioniert, wenn die realen Fakten systematisch ausgeblendet oder verfälscht dargestellt werden. In den vergangenen Jahrzehnten wurden dazu zwei Lügengebäude aufgebaut. Das eine um die angeblich horrenden Rentenkosten, das andere um die bedrohliche demografische Entwicklung durch die „Babyboomer“.

Das Lügengebäude um die horrenden Rentenkosten

(Datenquellen der folgenden Berechnungen und Grafiken unter Anmerkungen ⁽²²⁾)

Im Jahr 2004 betrugen die Rentenausgaben der Deutschen Rentenversicherung (DRV) 212 Milliarden Euro. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) erreichte eine Höhe von 2.293 Milliarden Euro. Anders ausgedrückt könnte man sagen, dass die Rentnerinnen und Rentner 2004 ziemlich genau einen Anteil von 9,3% des geschaffenen Reichtums (des gesamten Kuchens) bekamen.

Im Jahr 2024 zahlte die DRV 372 Milliarden Euro, das BIP betrug 4.330 Milliarden Euro. Der Anteil am Kuchen, der für Renten abgegeben wurde, sank also auf 8,6%. Das sind 0,7 Prozentpunkte weniger und klingt nicht dramatisch, sind aber immerhin 30 Milliarden Euro weniger.

Mit diesem um 30 Milliarden geringeren Anteil am BIP-Kuchen mussten jedoch 1,6 Millionen mehr Rentenbezieher versorgt werden. Das waren 8,0% mehr Rentnerinnen und Rentner, die mit dem geringeren Rentenniveau auskommen mussten. Zur Abrundung hier die Zahlen, wie der beginnende „Rentnerboom“ finanziert wurde: Der Beitragssatz zur Rentenversicherung sank von 2004 19,5% auf 18,6% im Jahre 2024.

Wäre das Versorgungsniveau 2024 auf dem Stand von 2004 gehalten worden, hätten 434 Milliarden Euro ausgezahlt werden müssen, also 62 Milliarden mehr.

Nun war das Jahr 2004 ja alles andere als üppig für die Rentnerhaushalte. Das Rentenniveau befand sich mitten in der Absturzbewegung (siehe Seite 51) und es gab

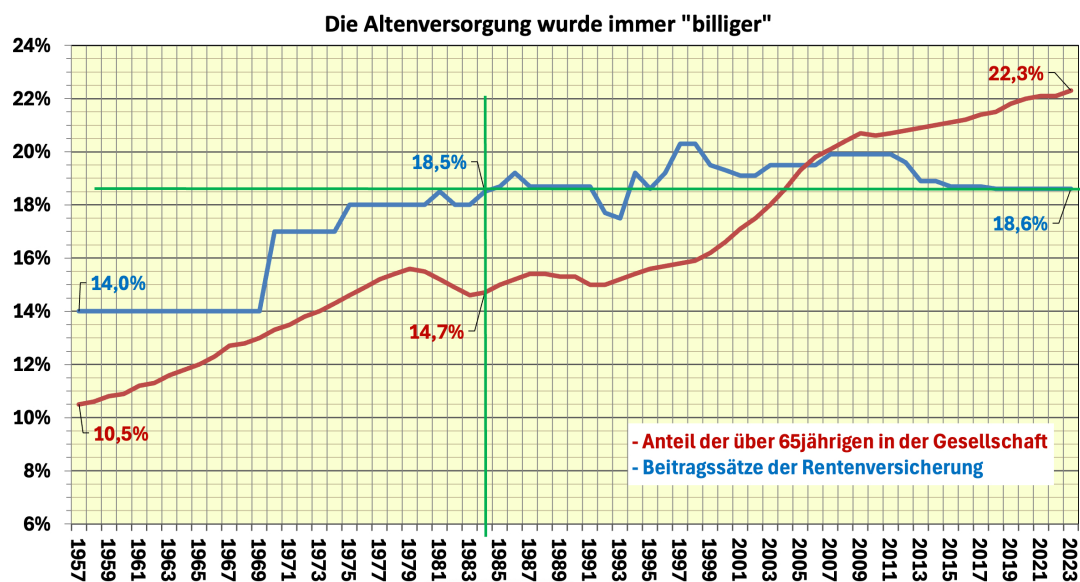
die erste Nullrunde für die Rentenanpassungen (in den 20 folgenden Jahren gab es dann vier weitere Nullrunden).

Von diesen desaströsen Entwicklungen, die zwangsläufig zu der bereits beschriebenen Altersarmutssteigerung führte, erfuhr man in den Medien so gut wie nichts.

Stattdessen beherrschten die Erzählungen von den horrenden Kosten der Rentenversicherung die Schlagzeilen und Veröffentlichungen. Die im Folgenden wiedergegebenen Zitate stehen für prototypische Behauptungen.

„Die arbeitende Bevölkerung ächzt unter immer höheren Beiträgen für die gesetzliche Rentenversicherung“. (NOZ, 14.07.25)

Das ist definitiv falsch und bei Kenntnis der Faktenlage eine grobe Lüge. Tatsächlich ist der Beitragssatz seit 1998 von 20,3% kontinuierlich auf 18,6% im Jahr 2018 gesunken. Dieser Beitragssatz wird voraussichtlich bis 2028 auf diesem niedrigen Stand bleiben.

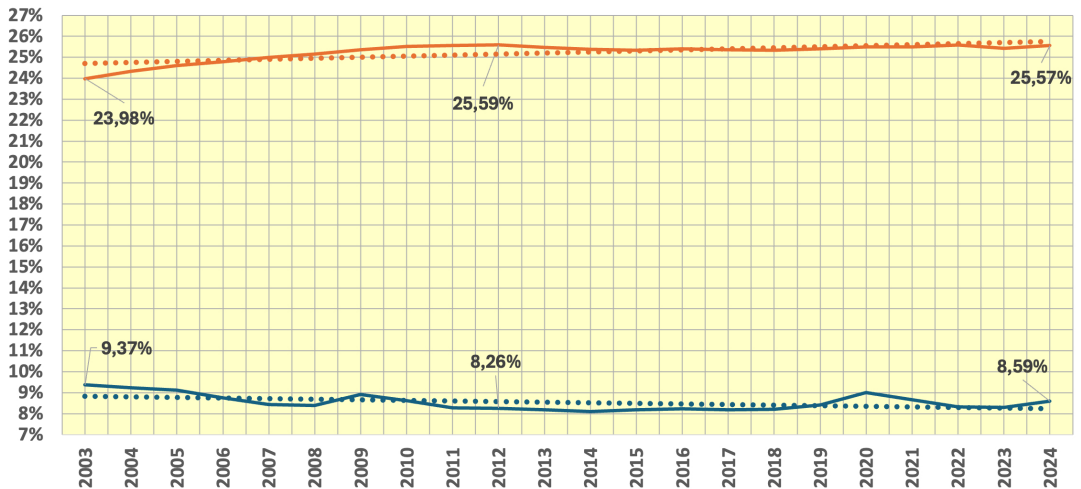


Besonders perfide wird die Lüge der steigenden Beiträge, wenn die Zahl der zu versorgenden Alten herangezogen wird. Die Grafik zeigt den zunehmenden Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung und die tatsächlich erbrachten Rentenversicherungsbeiträge. Der Anteil der Alten stieg in den vergangenen 40 Jahren um 52 Prozent und die Beiträge wurden auf den Stand von 1984 abgesenkt.

„Schon jetzt kostet das Rentensystem wahnsinnig viel Geld... Und diese Kosten werden noch viel, viel höher.“ (ZDF – „Die Wahrheit über unsere Rente“, 14.01.25)

Das ist eine weitere handfeste Lüge. Allerdings geschickt getarnt, denn wer wollte schon abstreiten, dass 372 Milliarden Euro viel Geld ist. Die Lüge besteht darin zu verschweigen, dass die tatsächlichen Kosten relativ enorm gesunken sind:

Rentenausgaben/BIP und Rentner/Gesamtbevölkerung



Der Anteil der Rentnerinnen und Rentner (Altersrenten, Erwerbsminderungsrenten, Witwen-/Witwerrenten) an der Gesamtbevölkerung wuchs in den letzten 21 Jahren von 24% auf 25,6%. Das war ein Zuwachs von 6,7%. Die Ausgaben der Rentenversicherung für diese Rentner ist jedoch von 9,4% Prozent auf 8,6% des BIP gesunken. Das Absenken der Rentenkosten in Bezug auf das BIP um 8,5% für 6,7% mehr Rentner, ist Ergebnis der „wahnsinnigen“ Rentensenkungspolitik der Agenda 2010. Aber so viel Wahrheit will das ZDF seinen Zuschauern nicht zumuten.

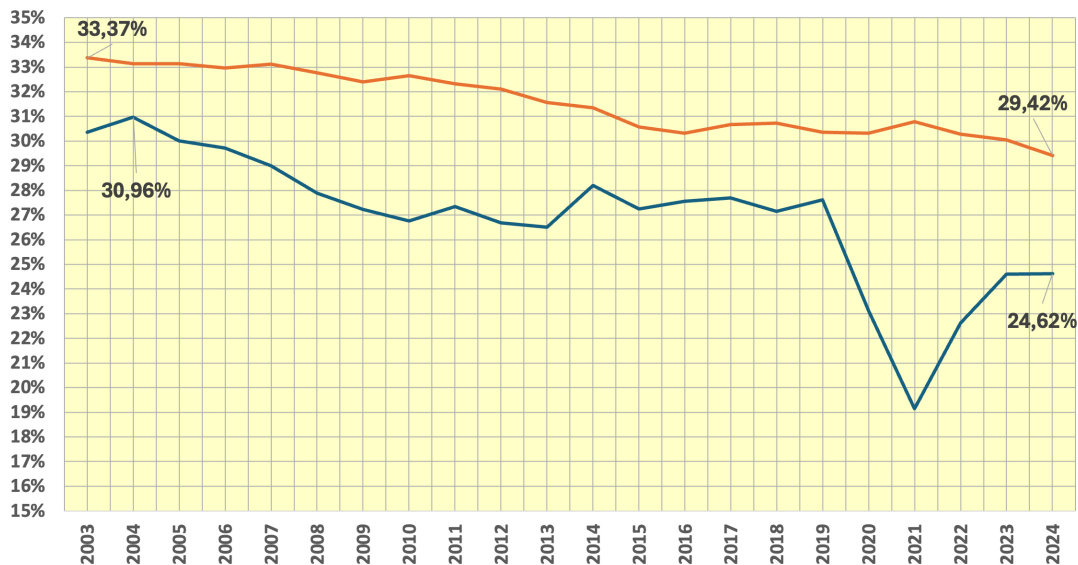
„Allein dieses Jahr fließen 122,5 Milliarden Euro Zuschuss vom Bund in die Rentenversicherung. Das ist knapp ein Viertel des Bundeshaushalts.“ (BILD, 04.08.25)

Diese häufig verbreitete Nachricht ist eine Variante der Lügen mit Zahlen. Die Zahlen werden einfach ohne jeglichen Zusammenhang zur zeitlichen Entwicklung und zur Relation der Gesamthaushalte in die Welt gesetzt. Diese fehlenden Einordnungen lassen sich leicht herstellen. Die Zahlen liefern wieder destatis und die DRV, die jeder Journalist, Wissenschaftler oder Politiker nutzen könnte, um ein reelles Bild der Verhältnisse zu ermitteln bzw. zu vermitteln.

2023 betrugen die „Bundesmittel gesamt“ 112,5 Mrd. Euro. Das beinhaltete die sogenannten „Zuschüsse“ (84,3 Mrd. Euro) plus der Beiträge für Erziehungsrenten ab 1992 geborener Kinder (17,3 Mrd. Euro), plus Zuschüssen zu Knappschaftsrenten (4,9 Mrd. Euro), plus Renten aus DDR-Sondersystemen (5,9 Mrd. Euro). Die

behaupteten „Zuschüsse“ werden in den Medien fast immer mit den gesamten Bundesmitteln in einen Topf geworfen. Hohe Zahlen sollen Schrecken verbreiten.

Bundesmittel gesamt/Bundeshaushalt und Bundesmittel gesamt/Rentenausgaben

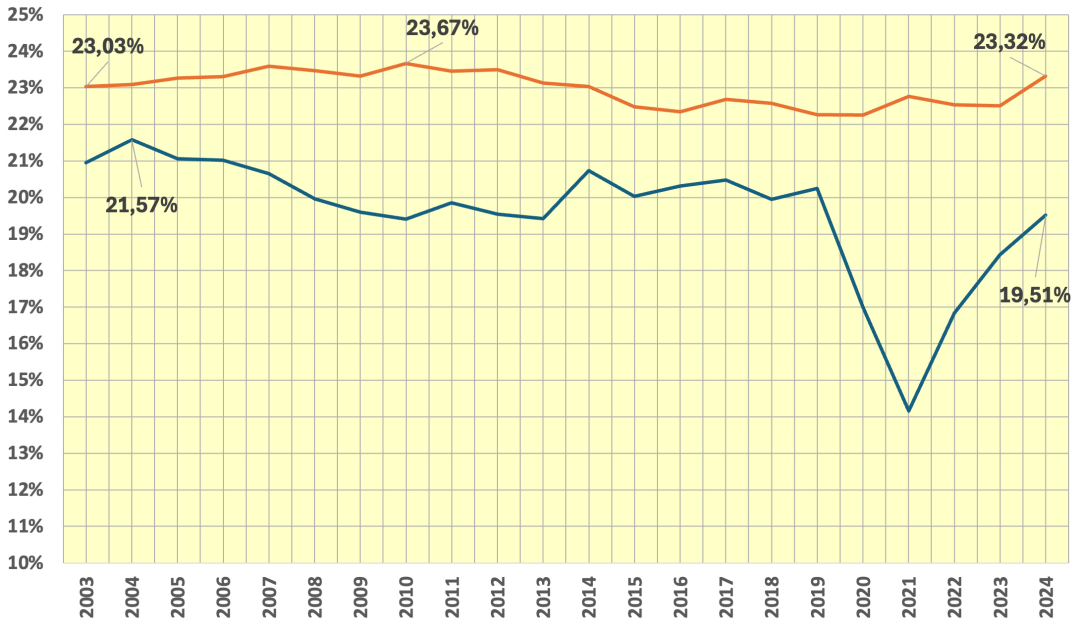


Bei Betrachtung der geleisteten Bundesmittel zur Rentenversicherung ist ein eklatantes Absinken erkennbar. Der Anteil am Bundeshaushalt ist von 31% im Jahr 2004 auf 25% im Jahr 2024 gesunken. Der nur scheinbare Einbruch 2020 bis 2022 ist auf die exorbitant hohen „Corona“-Haushalte zurückzuführen.

Auch der Anteil der Bundesmittel an den gesamten Rentenausgaben der DRV ist deutlich gesunken: von 33,4% auf 29,4%.

Die gesetzlich definierten „Zuschüsse“ sollen für nicht beitragsgedeckte Renten und für eventuelle Defizite in der DRV gezahlt werden. Tatsächlich werden die nicht beitragsgedeckten Leistungen (auch versicherungsfremd genannt) bei weitem nicht ausgeglichen. Das Defizit betrug nach Angaben der DRV für das Jahr 2023 unglaubliche 40 Milliarden Euro. Allein durch die Erziehungsrenten für die vor 1992 geborenen Kinder, den gewachsenen Anpassungskosten der Ost-Renten an das West-Niveau, der zusätzlichen Belastung durch die Grundrente, um nur die wichtigsten zu nennen, hätte der „Zuschuss“-Anteil an den Rentenausgaben nicht nur 23%, sondern 33% betragen müssen. Tatsächlich wurde er aber um keinen Deut erhöht. Eine besondere „Leistung“ der Ampelregierung war, dass sie die „Zuschuss“-Mittel in mehreren Raten bis 2027 um 13,6 Milliarden Euro kürzte.

"Zuschuss"/Bundeshaushalt und "Zuschuss"/Rentenausgaben



Als weiteres wird auch an dieser Grafik deutlich, wie verlogen die Behauptung der ständig steigenden Bundeshaushaltsbelastung durch die Rentenversicherung ist. Die Belastung durch „Zuschüsse“ ist von 21,5% auf 19,5% gesunken.

„Deutschland hat das Maß verloren“?

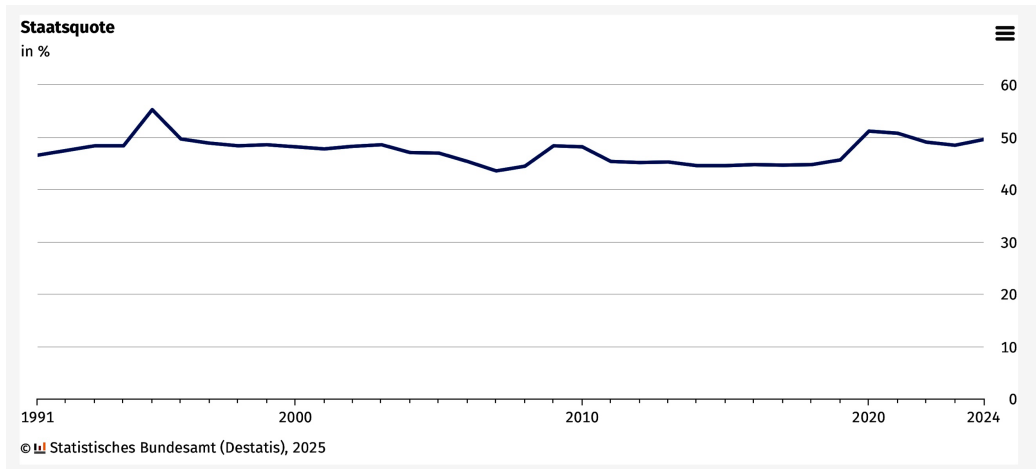
Entgegen der eindeutigen Faktenlage zur Kostenentwicklung, hier bei der Rentenversicherung, blies Kanzler Friedrich Merz zu einem verstärkten Sturm auf den Sozialstaat:

„Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar.“ (Friedrich Merz, 24.08.25)

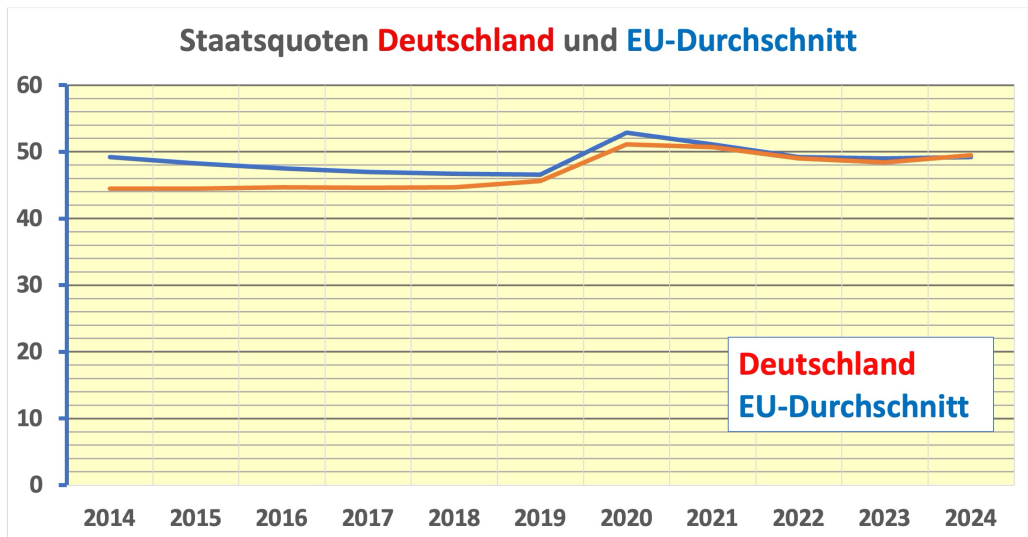
Erstaunlich ist seine Offenbarung, dass die seit mittlerweile sieben Jahre andauernde Wirtschaftskrise („was wir volkswirtschaftlich leisten“) nicht mehr überwunden werden kann. Dabei ist die Dauerhaftigkeit der Krise zum größten Teil durch politische Entscheidungen ausgelöst ⁽²³⁾.

„Deutschland hat das Maß verloren ... eine Staatsquote von über 50 Prozent ... Schon kurzfristig könnte man durch Reformen beim Bürgergeld, der Rente und durch Subventionsabbau im Haushalt hohe zweistellige Milliardenbeträge freischaufeln.“ (Handelsblatt, 23.07.25)

Die Aussage stammt von der „Wirtschaftsweisen“ Veronika Grimm. Das angeblich verlorene Maß stellt sich in Zahlen ausgedrückt so dar:



Die Staatsquote beschreibt das Verhältnis der Staatsausgaben, hierzu werden auch sämtliche Ausgaben der Sozialversicherungen gezählt, zum gesamten Bruttoinlandsprodukt (BIP). Über den langen Zeitraum von 35 Jahren hat sich die Staatsquote zwischen 45 und 50% bewegt. Deutschlands Untergang droht jetzt, weil sich die Staatsquote wieder in Richtung 50% bewegt. Die Spitzenökonomien haben sich Spitzenpositionen verdient im Verbreiten von Alarmismus und Desinformation.



Quelle: Eurostat: gov_10a_main__custom_16342067_spreadsheet-2

Beim Vergleich der deutschen Staatsquote zum Durchschnitt aller EU-Staaten wird dieser Alarmismus noch deutlicher. Die Quote lag in Deutschland über viele Jahre unter dem EU-Durchschnitt. Jetzt erreicht Deutschland den EU-Durchschnitt. Welch ein Drama! Zu lösen ganz einfach über das Kürzen von Renten-, Gesundheits-, Pflege-, Arbeitslosen- und Bürgergeldausgaben und überhaupt beim Sozialen.